

Friedenszentrum
**Martin
Niemöller
Haus e.V.
INFO**

Februar 2014 – Mai 2014



Pacelliallee 61, 14195 Berlin
Tel 030/84109951

e-mail:
niemoellerhaus2006@yahoo.de post@niemoeller-haus-berlin.de
webseite: www.niemoeller-haus-berlin.de

Bürozeiten: montags, mittwochs, freitags
zwischen 18 – 20 Uhr

Bank für Sozialwirtschaft –Konto 3013300
BLZ/ BIC: 10020500/ BFSWDE33BER
IBAN: DE09100205000003013300

Arbeitsbereich Gerechtigkeit/ Menschenrechte

Ulrich Sonn

**Projekt „Peace and Development Foundation -
Africa“ in Gulu/Uganda**

Seit dem Jahr 2009 pflegt ein Freundeskreis, bestehend aus Personen des Versöhnungsbundes, der Ev. Kirchengemeinde Berlin-Dahlem, des Martin Niemöller Hauses Berlin und weiteren Förderern regelmäßige Kontakte zu der ugandischen Organisation „Peace and Development Foundation-Africa“ (PDF-A).

PDF-A ist eine kleine „Nongovernmental Organisation“, die ihren Sitz in der nordugandischen Stadt Gulu hat und im Jahr 2007 gegründet wurde durch einige ehrenamtliche engagierte Bürger der Stadt, die betroffen waren durch die Folgen des bis 2006 zwanzig Jahre dauernden Bürgerkrieges in ihrer Region. Es war eine rein ugandische Initiative, nicht gesteuert oder angeregt durch ausländische Organisationen.

Ihr Ziel ist es, durch Maßnahmen der Friedenserziehung und berufsbildenden Förderung einen Beitrag zur friedlichen Entwicklung des Landes zu leisten. Dabei

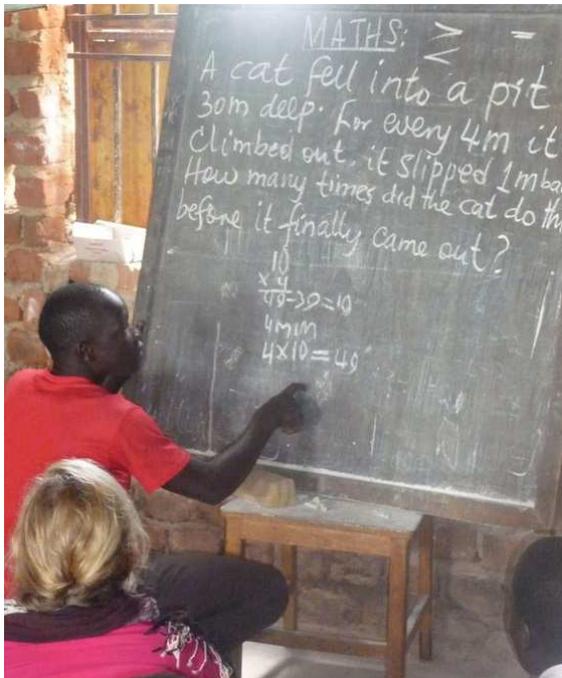
haben sie sich insbesondere auf Jugendliche konzentriert:



a) auf ehemalige Kindersoldaten(jetzt im Alter von Jugendlichen zw. 18-28), die

von der Rebellenarmee LRA („Lords Resistance Army“) entführt und im Busch grausam zu Kindersoldaten abgerichtet wurden, incl Mädchen, die zumeist als Sexsklavinnen mißbraucht wurden oder ebenso wie die Jungen sich an den Kämpfen beteiligen mussten. Nach ihrer Rückkehr waren sie natürlich alle völlig hilflos, zumeist ohne Familien oder Verwandten, stigmatisiert von der Bevölkerung, perspektivlos und schwer traumatisiert.

b) auf Jugendliche, die zwar in den Schutzdörfern bleiben konnten, aber ebenfalls keine Schulbildung oder Ausbildung erhalten konnten und gleichermaßen von den Bürgerkriegs-wirren betroffen waren.



In dieser Situation haben einige Personen von PDF-A die Initiative ergriffen und in kleinem Rahmen mit Maßnahmen zur Wiedereingliederung begonnen:

- Versöhnungsinitiativen in den Dörfern und Familien
- Gruppenarbeit mit den Jugendlichen, entspannende Freizeitgestaltung
- Gesprächsgruppen, in denen sie ihre traumatischen Erlebnisse erzählen konnten
- Workshops zur Erziehung zu einem gewaltfreien Lebensstil („Nonviolence Trainings“)

– Vermittlung von Lehrstellen zu beruflicher Bildung

Seit Winter 2010/11 werden nun Alphabetisierungskurse durchgeführt: 10 monatige Kurse, in denen die Jugendlichen das „Primary Literacy Certificate“ erwerben können, eine Art Hauptschulabschluss, der eine gute Voraussetzung für weitere Bewerbungen bildet.

Seit Herbst 2011 werden 6-monatige berufsbildende Kurse angeboten: handwerkliche Ausbildung (Maurer, Tischler, Schneider, Friseur).

Die Prüfungen werden von staatlichen Schul- bzw. Handwerksbehörden abgenommen.

Inhalt

Arbeitsbereich Gerechtigkeit/ Menschenrechte:

* Seite 1: Projekt „Peace and Development Foundation – Africa“ in Gulu/ Uganda

Arbeitsbereich Friedensarbeit:

- * Seite 4: Kosovo/Jugoslawienkrieg 1999 „Es begann mit einer Lüge“ –
- * Seite 8: Kooperation für den Frieden zu Krim-Referendum und Sanktionsspirale –
- * Seite 10: Aktuelle Infos der Kampagne „Aktion Aufschrei“

In eigener Sache:

- * Seite 15: Das Sanierungsprojekt Martin – Niemöller – Haus Berlin – Dahlem
- * Seite 16: 80 Jahre Bekenntnissynoden von Barmen und Dahlem/ Veranstaltungen
- * Seite 19: Auszug aus dem Jahresbericht 2013 des Friedenszentrums Martin Niemöller Haus

Workshops (Grundkurse) zur Gewaltfreiheit werden als Wochenendseminare oder begleitend zu obigen Kursen durchgeführt, teils auch an öffentlichen Schulen. Es ist dies ein besonderes Anliegen von PDF-A, da die Bevölkerung Jahrzehnte (und insbesondere die Jugendlichen) in der Bürgerkriegszeit einer allgegenwärtigen Gewalt-

atmosphäre (einer „Kultur der Gewalt“) ausgesetzt waren.

Die Kursangebote richten sich bewußt an beide Zielgruppen, die ehemaligen Kindersoldaten und die zwar nicht entführten, aber dennoch vom Krieg ebenfalls schwer betroffenen anderen Jugendlichen, um Stigmatisierungen und Neid bzgl. der Förderung unter den Jugendlichen zu vermeiden und sie durch die gemeinsame Teilnahme zu versöhnen, damit sie gemeinsam ihre Zukunft gestalten können. Es besteht ein großes Bedürfnis zur Teilnahme an beiden Kursangeboten (Alphabetisierung und berufliche Bildung) seitens der Jugendlichen, viele stehen auf der Warteliste. PDF-A hat jedoch nur beschränkte Kapazitäten. Auch sollen die Kurse nicht überfüllt werden, um die Qualität der Ausbildung zu bewahren.

Seit 2011 wurden erfolgreich je 3 Kurse für die Erwachsenenbildung und Berufsbildung absolviert, je ein vierter Kurs hat im Februar 2014 begonnen mit jeweils 25 Schülern.

Seit dem Jahr 2009 führt das Friedenszentrum Martin Niemöller Haus, vermittelt und in Zusammenarbeit mit dem Versöhnungsbund e.V. und der Ev. Gemeinde Berlin-Dahlem in regelmäßigen Abständen Austausch und Solidaritätsaktionen mit dem ugandischen Partner durch:

- In den Jahren 2009 und 2010 veranstalteten wir eine Vortragsrundreise mit einer Mitarbeiterin von PDF zum Zweck der Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich Veranstaltungen in der Gemeinde Dahlem und im Niemöller Haus.

- In 2011 war der Direktor von PDF Teil einer internationalen Gruppe, die im Niemöller Haus zu Gast weilte. Im Anschluss wurde ein Info-Abend für den Freundeskreis aus der Gemeinde und des Niemöller Hauses veranstaltet.

- Bei einem Projekttag für Konfirmanden beschäftigten sich die Jugendlichen in einer großen Arbeitsgruppe mit dem Projekt PDF und dem Thema „Kindersoldaten“ und beschlossen anschließend, ihre Kon-

firmationskollekte dem Projekt zukommen zu lassen.

- Es wurde in den Gottesdiensten bereits mehrmals für das Projekt „Kindersoldaten“ für PDF gesammelt, sodass die Gemeinde auf diese Weise bereits vertraut ist mit dem Projekt.

- Im Jahr 2011 und 2012 wurden unter der Trägerschaft des M. Niemöller Hauses jeweils mit dem ugandischen Partner workcamps durchgeführt, anschließend Berichtsveranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Solidaritätsaktionen. Ein Mitarbeiter des obigen Konfirmanden-Workshops (Jonas Pasch) nahm 2011 an dem workcamp bei PDF in Uganda teil.

- Seit einigen Jahren wird PDF durch Kollekten und Spenden der evang. Gemeinde Dahlem und Freunden des Versöhnungsbundes und des Martin Niemöller Hauses unterstützt und am Laufen gehalten.

- Für eine Mitarbeiterin von PDF-A, Beatrice Amony, wurde ein halbjähriger Rehabilitationsaufenthalt in Deutschland organisiert, da sie vor 3 Jahren einen Schlaganfall erlitten hat.

- Im August 2014 wird erneut der Direktor von PDF im Rahmen eines internationalen Fachkräfteprogramms in das Martin Niemöller Haus kommen und für den Freundeskreis des Hauses und der Gemeinde Bericht erstatten, anschließend an anderen Orten in Deutschland.

Kontakt zu “Peace and Development Foundation Africa” über:

Ulrich Sonn , Friedenszentrum Martin Niemöller Haus , Pacelliallee 61 14195 Berlin

Tel. 030- 8431 9550 e-mail: vb_ulisonn@yahoo.de

Website: www. Peace and Development Foundation Africa

Spenden über:

Versöhnungsbund e.V.

Sparkasse Minden-Lübbecke BLZ 490 501 01 No. 400 90 672

Verwendungszweck (sehr wichtig anzugeben !): PDF Africa /Uganda

Eine Spendenquittung wird zum Jahresende erstellt.

Arbeitsbereich Friedensarbeit

Kosovo-/Jugoslawienkrieg 1999

„Es begann mit einer Lüge“

von Clemens Ronnefeldt

Vor 15 Jahren, am 24. März 1999, hielt der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die nachfolgende TV-Ansprache: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen zum Trotz verschärft. Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen (...)“ (1).

Noch einen Tag zuvor, am 23. März, wird vermutlich auch Bundeskanzler Gerhard Schröder den Lagebericht von 15.00 Uhr der Nachrichtensprecher des Bundesverteidigungsministeriums zur Kenntnis genommen haben, in dem u.a. zu lesen war: „Das Anlaufen einer koordinierten Großoffensive der serbisch-jugoslawischen Kräfte gegen die UCK im Kosovo kann bislang nicht bestätigt werden“ (2).

Die Kosovo-/ Jugoslawienbombardie-

rungen sind vor dem Hintergrund der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina von 1991 bis 1995 zu sehen, denen allein in Bosnien-Herzegowina mehr als 100 000 Menschen zum Opfer fielen – und die zur Aufnahme von mehr als 350 000 Flüchtlingen in Deutschland führten.

Im Kosovo wurden gewaltfreie Basisinitiativen viele Jahre nicht unterstützt (3). Ibrahim Rugova, 1992 und 1998 zum Präsidenten im Kosovo gewählt und Verfechter einer gewaltfreien Politik, fand im Ausland mit seinem Ansatz nur wenig Beachtung.

Der Kosovo-/Jugoslawienkrieg wurde mit der Begründung geführt, einen Völkermord zu verhindern, bei dem überwiegend die serbische Seite als Täter und die albanische Bevölkerung als Opfer in fast allen Leitmedien dargestellt wurden. Der WDR-Film „Es begann mit einer Lüge“ (4) von Jo Angerer und Matthias Werth zeigt, dass die deutsche Öffentlichkeit massiv belogen wurde, um die dritte Bombardierung Belgrads in einem Jahrhundert zu rechtfertigen. Ein sogenannter „Hufeisenplan“ existierte nicht, sondern war zu Propagandazwecken erfunden worden, das behauptete Massaker im Stadion von Pristina fand nicht statt.

Bei den Verhandlungen in Rambouillet wenige Wochen vor den NATO-Bombardierungen im März 1999 legten

die Nato-Vertreter die Latte für die serbische Seite so hoch, dass kein Serbe mit Schulbildung diesen Vertrag hätte unterzeichnen können, wie Rudolf Augstein schrieb. Nato-Truppen sollten im gesamten verbliebenen serbischen Teil Jugoslawiens stationiert, Änderungen an Brücken, Straßen und anderer serbischer Infrastruktur zugelassen, den NATO-Soldaten Straffreiheit bei kriminellen Akten im Rahmen der anvisierten Besatzung zugestanden werden.

Die „Lunte“, mit welcher der Krieg gezündet wurde, war das so genannte „Massaker von Racak“ am 15.1.1999 mit 45 Toten. Wie die Opfer zu Tode gekommen sind und wer die Verantwortung dafür trägt, ist bis heute nicht restlos aufgeklärt.

Heinz Loquai, seinerzeit zuständiger deutscher Brigadegeneral bei der OSZE in Wien, beschreibt in seinem Buch „Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg“, die Rolle des Leiters der Kosovo-Verifikationsmission (KVM) der OSZE, des US-Amerikaners William Walker, folgendermaßen: „Eine objektive Betrachtung kann nicht umhin, das Verhalten des Leiters der KVM als unangemessen und außerhalb aller normalen Regeln für eine Person mit diplomatischem Status im Gastland zu bewerten. Er zog mit einer Schar von Journalisten vor Ort, ließ diese freischalten, walten und fotografieren und, wie ein Teilnehmer sagte, die Toten auch mediengerecht positionieren“ (5). Für Außenminister Joschka Fischer war „Racak“ der „Wendepunkt“ - hin zum Nato-Krieg.

Die grundlegend falsche Annahme: Entweder Völkermord oder Krieg

„Bei den Grünen gab es in einem wichtigen Punkt ein intellektuelles Defizit: Sie

sahen nur zwei Möglichkeiten: Entweder ethnische Säuberungen oder Bombardements. Und das war falsch“, sagte der Friedensforscher Johan Galtung bereits 1999. Insbesondere Joschka Fischer trieb mit der „Nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz“-Parole seine Partei wie auch die Gemütslage weiter Bevölkerungskreise in eine so den Realitäten nicht entsprechende Sackgasse – mit großer Wahrscheinlichkeit wider besseres Wissen.

Javier Solana zur Einhaltung des Holbrooke-Milosevic-Abkommens

In einem Brief (zitiert in: „Die Woche“, 2.7.99) an den Militäreinsatzbefürworter Erhard Eppler schrieb Prof. Dieter S. Lutz, damals Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität in Hamburg: „Ich beginne mit dem Holbrooke-Milosevic-Abkommen vom 13. Oktober 1998. Vierzehn Tage nach Abschluss dieser Vereinbarung ging NATO-Generalsekretär Solana am 27. Oktober 1998 mit folgender Einschätzung an die Öffentlichkeit: ‚Erfreulicherweise kann ich nun berichten, dass in den letzten 24 Stunden mehr als 4000 Angehörige der Sonderpolizei aus dem Kosovo abgezogen worden sind. (...) Die Sicherheitskräfte werden auf den Umfang abgebaut, den sie vor dem Ausbruch der jetzigen Krise hatten. (...) Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf, den von ihnen erklärten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten“.

Stellungnahmen von Brigadegeneral Heinz Loquai (OSZE)

Dieter S. Lutz zitierte in seinem Brief an Erhard Eppler auch Heinz Loquai: „Die sichtbare internationale Präsenz (OSZE-Mission, Anm.: C.R.) an Brennpunkten des Geschehens trug zur Entspannung der Lage bei, ließ die Flüchtlinge wieder

in ihre Dörfer zurückkehren. Mitte November wurden nur noch wenige hundert in einem Lager künstlich zurückgehalten, um den Medien ein solches Camp vorführen zu können. Doch es gab ein Problem, auf das anscheinend niemand vorbereitet war. Die UCK, die sich an die Vereinbarungen nicht gebunden fühlte, rückte dort ein, wo die Jugoslawen abgerückt waren. Von jugoslawischer Seite wurde wiederholt erklärt, wenn die UCK weiterhin das geräumte Gebiet besetze, werde das zu Reaktionen führen.“ (in: „Die Woche“, 2.7.99).

Fazit von Heinz Loquai zum Scheitern der OSZE-Mission

Brigadegeneral Heinz Loquai fasste seine Analyse in der NDR-4-Sendung „Streitkräfte und Strategien“ am 22.5.99 folgendermaßen zusammen: „Vertreibungen und Flüchtlingsströme setzten ein, nachdem die internationalen Organisationen das Kosovo verlassen und die Angriffe begonnen hatten. D.h. der Krieg verhinderte die Katastrophe nicht, sondern machte sie in dem bekannten Ausmaß erst möglich. (...) Der Frieden wurde u.a. verspielt,

- weil die meisten NATO-Staaten einseitig Partei gegen die Serben und für die Kosovo-Albaner nahmen. Hierdurch stärkte und ermunterte man die UCK, und man förderte selbst bei gemäßigten Serben den Eindruck, dass die NATO ohnehin die Sache der Albaner betreibe,

– weil die Europäer den USA zu gefügig waren und den aufgebauten Zeitdruck hinnahmen, ohne sich der allmählichen Militarisierung der Politik zu widersetzen.

– weil die NATO glaubte, durch ihre Luftangriffe Milosevic innerhalb kurzer Zeit zum Nachgeben zu zwingen und die Durchhaltefähigkeit eines diktatori-

schen Regimes unterschätzte.

– weil die politische und militärische Führung der NATO außer Acht gelassen hatte, dass der Einsatz allein von modernen Kampfflugzeugen gegen bewegliche, aus guter Deckung operierende Bodenziele risikoreich, aufwendig und von sehr begrenzter Wirkung ist“.

Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 19.3.1999

Dieter S. Lutz untermauerte seine These von der Abwendbarkeit des Krieges im Brief an Erhard Eppler auch mit der Lageanalyse des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1999:

„Der Waffenstillstand wird von beiden Seiten nicht mehr eingehalten. (...) Im Rahmen von lokalen Operationen der jugoslawischen Armee (VJ) gegen die UCK kam es in den letzten Tagen auch wiederholt zu vorsätzlichem Beschuss von Dörfern. Stets wurde zuvor die Bevölkerung zum Verlassen der Ortschaften aufgefordert, was diese auch tat.

UNHCR und KVM berichteten übereinstimmend über eine systematische Vorgehensweise der VJ bei der Zerstörung von Dörfern mit dem Ziel, durch gezielte Geländebereinigung sämtliche Rückzugsmöglichkeiten für die UCK zu beseitigen. (...) Die Zivilbevölkerung wird, im Gegensatz zum letzten Jahr, in der Regel vor einem drohenden Angriff durch die VJ gewarnt. Allerdings ist laut KVM die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch lokale UCK-Kommandeure unterbunden worden. (...) Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu beobachten. Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo sind alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen. Etwa 90 vormalig von Serben bewohnte Dörfer sind inzwischen verlassen. Von den einst 14.000 serbisch-stämmigen Kroaten

leben nur noch 7000 im Kosovo. Anders als im Herbst/Frühwinter 1998 droht derzeit keine Versorgungskatastrophe“.

Generalbericht der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Die Parlamentarische Versammlung der NATO, ein unabhängiges Gremium, das als Bindeglied zwischen dem Bündnis und den Parlamenten fungiert, hat im Dezember 2000 einen „Generalbericht“ über „Die Folgen des Kosovo-Konfliktes und seine Auswirkungen auf Konfliktprävention und Krisenmanagement“ verabschiedet. Darin heißt es: „So nutzte die UCK das Holbrooke-Milosevic-Abkommen als Atempause, um ihre Kräfte nach den Rückschlägen des Sommers zu verstärken und neu zu gruppieren. Die serbischen Repressionen ließen unter dem Einfluss der KVM in der Zeit von Oktober bis Dezember 1998 nach. Dagegen fehlte es an effektiven Strategien zur Eindämmung der UCK, die weiterhin in den USA und Westeuropa, – insbesondere Deutschland und der Schweiz - Spenden sammeln, Rekruten werben und Waffen über die albanische Grenze schmuggeln konnte. So nahmen die Angriffe der UCK auf serbische Sicherheitskräfte und Zivilisten ab Dezember 1998 stark zu. Der Konflikt eskalierte neuerlich, um eine humanitäre Krise zu erzeugen, welche die NATO zur Intervention bewegen würde.“ (6).

Die wichtigsten Gründe für den Kosovo-/Jugoslawienkrieg in Kurzform

Nach allen bisher genannten Quellen haben andere als die von NATO-Seite genannten Gründe den Ausschlag für die Bombardierungen gegeben. Zu diesen dürften mit unterschiedlichem Gewicht stichwortartig folgende gehören, wobei in Klammern jeweils Vertreter

dieser Argumente stehen:

1. Testlauf der neuen NATO-Doktrin zum 50. Jahrestag 1999: Erster Militäreinsatz ohne UN-Mandat.
2. Durchsetzung des weltweiten Führungsanspruches der NATO unter US-Führung bei gleichzeitiger Ausschaltung von OSZE und UNO.
3. Konkurrenz zwischen USA und Europa, Dollar und Euro; Desintegration Europas durch die USA bei gleichzeitiger Erschwerung bzw. Verhinderung der Zusammenarbeit Berlin-Moskau (J. Rose).
4. Sicherung der Existenzberechtigung der NATO und Auslastung der Rüstungskapazitäten.
5. Testfall für Krieg der US-Luftwaffe bei scharfer Konkurrenz um Haushaltsmittel zwischen Luftwaffe, Heer und Marine (P. Lock).
6. Verhinderung neuer Flüchtlinge und deren Kosten in Westeuropa (G. Schröder).
7. Möglicher Präzedenzfall für künftige Konflikte im Kaukasus (Prof. A. Pradetto).
8. „Disziplinierung“ des „Fremdkörpers“ Serbien als letztes mit Russland und China verbundenes Land in Europa, das sich der Globalisierung widersetzt hat (Prof. J. Galtung).
9. Nach Irak-Bombardierung 1998 durch Unterstützung der albanischen Muslime neue „Pluspunkte“ in der (ölsreichen) arabischen Welt (W. Wimmer).

Im Zusammenhang mit der Krim-Krise beurteilte Altbundeskanzler Gerhard Schröder den Angriff von 1999 als Verstoß gegen das Völkerrecht: „Da haben wir unsere Flugzeuge (...) nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt - ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte“ (F.A.Z., 10.3.14).

Sein Vorgänger, Altbundeskanzler Hel-

mut Schmidt hielt bereits 1999 die deutsche Kriegsbeteiligung für nicht zu rechtfertigen: "Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen missachtet" (FR, 3./4.4.99).

(1) Pressemitteilung Nr. 111/99 vom 24. März 1999, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.

(2) Howard Clark, Civil Resistance in Kosovo, London, 2000.

(3) Zitiert aus dem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz in: Clemens Ronnefeldt, Die neue NATO, Irak und Jugoslawien, Minden, 1. Auflage 2001, S. 9.

(4) <http://www.youtube.com/watch?v=NqPnn-GD4-k>

(5) Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, S. 50.

(6) Zitiert aus dem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz in: Clemens Ronnefeldt, Die neue NATO, Irak und Jugoslawien, Minden, 1. Auflage 2001, S. 7.

Clemens Ronnefeldt,
Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbund

Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören in rund 40 Staaten der Erde ca. 100 000 Mitglieder an. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen.

Auf Initiative des bekannten Friedensforschers, Prof. Dr. Andreas Buro, haben namhafte Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus der deutschen Friedensbewegung das „Projekt Münchhausen“ gestartet, um Kriegslügen bloßzustellen. Bei diesem Projekt geht es darum, Legitimationsideologien vom „Gerechten Krieg“, dem „Militär als letztem Mittel“, der „Humanitären Intervention“ und andere als Lügen zu entlarven, die dazu dienen sollen, der Bevölkerung Rüstung und Krieg schmackhaft zu machen.

Zum Autorenteam gehören neben Prof. Buro, Prof. Dr. Werner Ruf, der Militärgeschichtler Prof. Wolfram Wette, Prof. Volker Matthies, aus der Friedensforschung Dr. Christine Schweitzer und Dr. Peter Strutynski, der Autor der „Frankfurter Rundschau“ Dr. Karl Grobe, die Bundesvorsitzende von pax christi, Wiltrud Rösch-Metzler und der friedenspolitische Referent des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, Clemens Ronnefeldt sowie weitere Fachautoren.

Das „Projekt Münchhausen“ erscheint als eigene Rubrik im Aachener Friedensmagazin www.aixpaix.de und steht darüber hinaus allen Medien zur kostenfreien Veröffentlichung zur Verfügung.

Kooperation für den Frieden zu Krim-Referendum und Sanktionsspirale

"Eine andere Politik ist nötig: Kooperation statt Konfrontation, zivile Konfliktbearbeitung statt Sanktionen"

Die Kooperation für den Frieden, ein Dachverband von über 50 Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung, kritisiert das völkerrechtswidri-

ge Vorgehen Russlands, wozu das Referendum vom Sonntag gehört, ebenso wie die destruktive Politik des Westens.

Das Referendum mit seiner Mehrheitsentscheidung für einen Anschluss an Russland hat eine neue Situation geschaffen. Sie legitimiert für beide Seiten das weitere Anheizen der Auseinandersetzung: Der Westen wird seine angekündigten Sanktionen umsetzen, Russland die Eingliederung der Krim vorantreiben und möglicherweise ihrerseits mit Sanktionen gegen den Westen antworten.

Die Kooperation für den Frieden fordert einen anderen Lösungsansatz für die Krim-Krise. Anstatt die verhängnisvolle Konflikteskalation voran zu treiben, verlangt sie die Schaffung eines neuen internationalen Systems kollektiver Sicherheit: Dies ersetzt Konfrontation und Sanktionen mit ziviler Konfliktbearbeitung. Zwischen den Kontrahenten muss Misstrauen ab- und Vertrauen aufgebaut werden. Ohne Verhandlungen, die auch die Position der anderen Seite berücksichtigen, sind keine Lösung oder wenigstens Prozesse hin zur Lösung möglich. Die Geschichte hat gezeigt, dass das Selbstbestimmungsrecht von Völkern oder Regionen nur in einem konsensualen Prozess aller Beteiligten erfüllt werden kann und nicht auf den Spitzen von Bajonetten oder durch einseitige Maßnahmen.

Für eine solche Initiative sind neutrale Mediatoren bzw. Moderatoren unabdingbar. Die Kooperation schlägt als Vermittler neben der OSZE die Gruppe der Friedensnobelpreisträger vor. Organisationen wie IPB oder IPPNW, aber auch Personen wie Mairead Maguire oder Adolfo Pérez Esquivel, sind geeignet, mitzuhelfen, den Konflikt zu entschärfen. Die vergessenen Grundgedanken des „gemeinsamen Hauses Europas“, friedliche Koexistenz, Dialog, Kooperation und Ausgleich, müssen wiederbelebt werden.

Das Gefährlichste wäre die weitere Militarisierung des Konfliktes. Deswegen

wertet die Kooperation es zumindest als positiv, dass US-Außenminister John Kerry und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel einer militärischen Reaktion auf das Geschehen auf der Krim eine klare Absage erteilt haben. Für Deutschland muss dies verbindlich in einem Beschluss des „Deutschen Bundestages“ festgeschrieben werden.

An den Westen gewandt erneuert die Kooperation für den Frieden den Vorwurf, dass die Einbindung der Gesamt-Ukraine in die westlichen Bündnisse sowie die finanzielle Förderung einer äußerst zweifelhaften Putsch-Regierung destruktive und verschärfende Elemente der Krise sind. Deswegen darf es keine Unterzeichnung des geplanten Assoziierungsabkommens mit der EU geben.

Die konkurrierenden geostrategischen Interessen und die allseitige Unterstützung der Oligarchen gefährden die Zukunft der Menschen und die Stabilität der Großregion. Der Konflikt droht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen zu werden. Das heißt konkret, dass die Verschärfung der Lage auf Kosten der Menschen- und Minderheitenrechte in der Region gehen wird. Darüber hinaus werden die sich zusehends verschlechternden Beziehungen zwischen dem Westen und Russland andere Konflikte in einer eng vernetzten Welt, wie beispielsweise den Krieg in Syrien, noch schwerer lösbar machen.

Die Kooperation für den Frieden bezweifelt, dass Deutschland aufgrund seines grausamen Vorgehens in der Ukraine und auf der Krim während des 2. Weltkrieges, sowie seiner Unterstützung der Ost-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges, ein glaubwürdiger Vermittler in der Krise sein kann. Deutschland und der Westen haben, besonders durch die NATO, mit ihrer Machtlogik und Expansionspolitik der letzten 20 Jahre, wie der Aufnahme ehemaliger

Warschauer Pakt-Staaten in die Nato, das Schieben ihrer Raketenabwehr gen Osten und die geplanten EU-Assoziierungen, diesen Konflikt maßgeblich mit provoziert.

Die Kooperation für den Frieden sieht einen friedlichen Weg in einem System kollektiver Sicherheit, das Sicherheit miteinander anstatt gegeneinander schafft. Dafür kann an die Erfahrung der KSZE-Verhandlungen angeknüpft werden, es muss abgerüstet und es müssen den Interessen aller Seiten Rechnung getragen werden. Die Politik der Konfrontation, des Freund-Feind Denkens muss überwunden werden. Die drängenden Probleme der Mensch-

heit können nur gemeinsam gelöst werden. Ohne Drohungen, Misstrauen und Blockbildung.

Die SprecherInnen der Kooperation für den Frieden: Reiner Braun (IALANA) Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative) Jens-Peter Steffen (IPPNW) Renate Wanie (Werkstatt für gewaltfreie Aktion) Lucas Wirl (NaturwissenschaftlerInnen Initiative)

Pressekontakt:

Reiner Braun (IALANA) Tel. 030 / 20 65 48 57

Jens-Peter Steffen (IPPNW) Tel. 030 / 69 80 74 13

Aktuelle Infos der Kampagne „Aktion Aufschrei“

(Quelle: <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/>)

Rüstungsexporte

Deutschland ist der größte Rüstungsexporteur Europas und liegt hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle der Waffenlieferanten. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & SIPRI-Zahlen: Rüstungsausgaben steigen überall - außer in den westlichen Ländern

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hat die neuesten Zahlen zu den Militärausgaben der Länder veröffentlicht. Demnach seien diese überall gestiegen, außer im Westen.

Insgesamt gesehen seien die Militärausgaben im Vergleich zum Vorjahr zwar um 1,9 Prozent gesunken, das aber liege vor allem an den USA, die ihre Ausgaben stark reduziert hätten. Rechne man sie heraus, seien

Koch nach dem 2. Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegsoffer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

die Militärausgaben um 1,8 Prozent gestiegen.

„Der Anstieg der Militärausgaben in Schwellen- und Entwicklungsländer hält unvermindert an“, erklärt Dr. Sam Perlo-Freeman von SIPRI. Das sei in einigen Fällen ein natürliches Ergebnis des Wirtschaftswachstums oder die Antwort auf den Wunsch nach Sicherheit, in anderen Fällen zeige es aber eine Verschwendung von natürlichen Ressourcen, die Dominanz von autokratischen Regimen oder ein beginnendes regionales Wettrüsten.

- [Military spending continues to fall in the West but rises everywhere else, says SIPRI](#), sipri.org, Pressemitteilung, 14.04.2014
- [SIPRI-Bericht zu den Militärausgaben 2013](#)

SIPRI-Studie zum Waffenhandel: Deutschland weiterhin drittgrößter Waffenexporteur der Welt

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hat die neuesten Zahlen zum weltweiten Waffenhandel vorgelegt. Demnach stieg der internationale Handel mit Rüstungsgütern zwischen 2009 und 2013 im Vergleich zu den Jahren 2004 bis 2008 um 14 Prozent an. Die deutschen Rüstungsexporte sind dagegen in diesem Zeitraum um 24 Prozent gesunken. Dennoch bleibt die Bundesrepublik nach den USA und Russland weiterhin auf Platz drei der größten Waffenexporteure weltweit und ist damit auch immer noch der größte Waffenexporteur der EU.

32 Prozent der deutschen Rüstungsexporte gingen der Studie zufolge in europäische Staaten, gefolgt von den Staaten Asiens (29

Prozent), Südamerikas (22 Prozent) und des Mittleren Ostens (17 Prozent). Außerdem war Deutschland der größte Exporteur von U-Booten und – nach Russland - der zweitgrößte Panzerlieferant. So lieferte Deutschland zwischen 2009 und 2013 650 Panzer in sieben verschiedene Staaten, wobei fünf davon außerhalb von Europa lagen.

Knapp hinter Deutschland – auf Platz vier der größten Waffenhändler - liegt inzwischen China, das seine Waffenexporte in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdreifacht hat und damit Frankreich überholt hat. Der größte Waffenkäufer ist Indien, seine Rüstungsimporte wuchsen um 111 Prozent.

- [South Asia and the Gulf lead rising trend in arms imports, Russian exports grow, says SIPRI](#), Pressemitteilung von SIPRI, sipri.org, 17.03.2014
- SPIRI-Studie zum Download: [Trends in international arms transfers](#), 2013, Siemon T. Wezeman and Pieter D. Wezeman, SIPRI Fact Sheet, sipri.org

Rüstungsexporte nach Syrien

Werden ukrainische Waffen über Deutschland nach Syrien verkauft?

Wie „Der Spiegel“ berichtet, soll die Ukraine angeblich Waffengeschäfte über Deutschland abwickeln. Möglicherweise könnten diese Waffen im Syrien-Krieg zum Einsatz kommen, vermutet das Magazin.

Dabei stützt „Der Spiegel“ sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken, wonach die Ukraine halbautomatische Gewehre nach Deutschland exportiert. Was danach mit den Waffen geschehe, sei allerdings geheim. Der amerikanische Think-Tank Jamestown Foundation glaube jedoch, so „Der Spiegel“, dass die

Waffen von Deutschland aus an syrische Rebellen geliefert werden.

Sevim Dagdelen von den Linken bezeichnet es gegenüber dem Spiegel als skandalös, dass die Bundesregierung nichts über den Verbleib dieser Waffen mitteilen könne.

[Halbautomatische Gewehre: Ukraine wickelt Waffengeschäfte über Deutschland ab](#), spiegel.de, 27.04.2014

Syrische C-Waffen mit Hilfe deutscher Firmen gebaut

Wie die SZ und der NDR berichten, haben deutsche Unternehmen dem Regime in Syrien Bauteile und Stoffe für Waffenfabriken

geliefert, in denen Chemiewaffen hergestellt wurden. Als Quelle wird ein vertraulicher Bericht der Organisation für das Verbot chemischer Waffen genannt. Die Namen der fraglichen Firmen werden nicht veröffentlicht, seien der Bundesregierung aber zur Verfügung gestellt worden.

Chemiewaffen in Syrien: Giftiges Geheimnis, sueddeutsche.de, 18.03.2014

Einsatz deutscher Waffen im syrischen Bürgerkrieg

Nach Recherchen des NDR und der „Berliner Zeitung“ werden im syrischen Bürgerkrieg Panzerabwehrraketen vom Typ MILAN aus deutsch-französischer Produktion eingesetzt – auch von Rebellen der Al-Kaida nahen Al-Nusra-Front. Belegt werde dies durch Videoaufnahmen und den Augenzeugenbericht des Bundestagsabgeordneten Jan van Aken (die Linke). Vermutlich stammen diese Waffen, die auch im Häuserkampf verwendet werden können, aus einer Lieferung an das Assad-Regime im Jahre 1978. Diese habe damals zu einer Kontroverse im Bundestag und zu Proteste der israelischen Regierung geführt.

Einsatz deutscher Waffen im syrischen Bürgerkrieg, daserste.ndr.de, 23.01.2014

Syrien: Islamisten setzen deutsche Raketen ein, Panorama, NDR, mediathek.daserste.de, 23.01.2014

Bürgerkrieg in Syrien Dschihadisten mit Milan-Raketen, berliner-zeitung.de, 22.01.2014

Auch Teile für syrische Giftgasfabriken aus Deutschland

Wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, sollen Bundesregierungen in der Vergangenheit nicht nur die Lieferungen von chemiewaffenfähigen Substanzen nach Syrien erlaubt haben, sondern auch den Export von industriellen Teilen für den Bau syrischer Giftgasfabriken. Zudem

sollen diese Lieferungen durch staatliche Hermesbürgschaften gesichert gewesen sein. Das Blatt beruft sich auf eine Untersuchung des amerikanischen „Center for Strategic and International Studies“ (CSIS).

Giftgas-Fabriken „made in Germany“, WAZ.de 21.09.2013

Siehe auch: Giftgas in Syrien: Deutsche Teile für syrische Giftgasfabrik?, br.de, 21.09.2013

Rüstungsexporte: „Das Geschäft mit dem Tod muss ausgetrocknet werden“, handelsblatt.com, 21.09.2013

Deutschland lieferte jahrelang waffenfähige Chemikalien an Syrien

Am 21. August 2013 sind durch einen Giftgasangriff in Syrien über 1.400 Menschen getötet worden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, haben deutsche Bundesregierungen jahrelang den Export von Chemikalien, die auch zur Produktion des Giftgases Sarin verwendet werden können, an Syrien erlaubt. Neuesten Erkenntnissen zufolge wurden sogar noch im Jahr 2011 waffenfähige chemische Substanzen aus Deutschland nach Syrien geliefert.

Export von "Dual Use"-Chemikalien: Deutschland lieferte noch 2011 an Syrien, tagesschau.de, 30.09.2013

Deutsche Exporte zwischen 2002 und 2006: 111 Tonnen Chemikalien für Syrien, tagesschau.de, 18.09.2013

Deutschland lieferte Syrien chemiewaffen-taugliche Stoffe, stern.de/AFP, 18.09.2013

Syrien: Deutschland lieferte Chemikalien nach Damaskus, spiegel.de, 18.09.2013

Streit über Giftgasangriff Deutschland hat Syrien Chemikalien geliefert, faz.net, 18.09.2013



**Stoppt den
Waffenhandel!**

Empfängerländer
Faktenblatt Ukraine



Deutsche Rüstungsexporte in die Ukraine

Die Ukraine ist vor allem ein Rüstungsexportland. Zwischen 2009 und 2013 gehörte sie zu den zehn größten Rüstungsexporturen der Welt (Platz 8). Sie belieferte zahlreiche Staaten mit Rüstungsgütern – vor allem China, Äthiopien, Pakistan und Russland.¹

Deutsche Waffenexporte

Deutschland hat der Ukraine zwischen 2001 und 2012 die meisten Waffen von allen EU-Ländern geliefert (im Wert von über 59 Millionen).² Dabei handelte es sich vor allem um Bildausrüstung und Kleinwaffen, um Fahrzeuge und Panzer sowie Munition, um chemische Stoffe, technische Komponenten und Sprengstoff. Vor allem in den Jahren 2008 und 2009 stieg das Exportvolumen in die Ukraine stark an. Dies lag, wie den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung zu entnehmen ist, vor allem an der Lieferung von Überwachungssystemen^{3,4}.

Deutsche Rüstungsexporte in die Ukraine 2001-2012												
Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Wert in Mio Euro	1,13	1,58	1,93	2,3	1,95	3,68	3,66	14,93	15,67	3,57	3,69	4,97

Quelle: Datenbank der CAAT

Deutsche Rüstungsexporte in die Ukraine 2001-2012	
Güterkategorie	Euro
Bildausrüstung	23,884,887
Kleinwaffen	20,687,307
Fahrzeuge, Panzer	5,441,054
Munition	4,138,319
Diverses	2,720,371
Schutzgeräte	1,219,326
Chemische Stoffe	332,432
Feuerleiteinrichtungen	271,32
Technologie	236000
Div. Ausrüstung	152,371
Sprengstoffe	18,013
Produktionsgeräte	11,26
Unfertige Erzeugnisse	5,045
Elektr. Geräte	1,506

Quelle: Datenbank der CAAT



¹ Quelle: Sipri-Datenbank: sipri.org
² Quelle: Datenbank der CAAT (Campaign Against Arms Trade): caat.org
³ Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2008, S. 126
⁴ Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2009, S. 130

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de



Kriterien des EU-Verhaltenskodex⁵

Nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU zu Rüstungsexporten hätte Deutschland schon in den vergangenen Jahren keine Waffen an die Ukraine liefern dürfen. Denn laut dem BICC (Bonn International Center For Conversion) gab und gibt es in der Region um das schwarze Meer zum Beispiel noch immer ungelöste Konflikte. Auch die Lage der Menschenrechte habe sich in der Ukraine in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert – vor allem was die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, den Umgang mit der Opposition und die Sicherheit von Minderheiten betrifft.⁶ Berichte über Folter, Missbrauch und unrechtmäßige Inhaftierungen durch die Polizei seien besorgniserregend, so das BICC.

Im Februar 2014 eskalierten die Euromaidan-Proteste in der Ukraine. Es kam – vor allem in Kiew – zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die zahlreiche Todesopfer forderten. In der Folge führten die Proteste zur sogenannten Krimkrise, einem bewaffneten und politischen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland um die Halbinsel Krim. Am Beispiel Ukraine zeigt sich ganz deutlich, dass auch in einem scheinbar unkritischen Land Rüstungsexporte irgendwann zur Eskalation von Krisen beitragen können.

Allgemeine Daten zur Wirtschaftslage in der Ukraine	
Fläche ¹	603.700 qkm
Einwohner ¹	45,6 Mio.
Bevölkerungswachstum ¹ (%) 2012	-0,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP) (Mrd. Euro) 2012 ¹	135,5
BIP-Wachstum (%) 2012 ¹	0,2
Human Development Index der UN 2013 ²	0,74 (Rang 78)
Militärausgaben 2012 in Mio. US\$ ³	4865

¹ Quelle: Auswärtiges Amt;

² Quelle: Human Development Reports

³ Quelle: SIPRI Datenbank

2

Ausführliche Informationen:

[BICC-Länderportrait Ukraine \(Stand Dez. 2013\)](#)

[BICC: Auswertung der Ukraine nach Kriterien des EU-Verhaltenskodex](#)

[CAAT-Daten zur Ukraine](#)

[SIPRI-Datenbank](#)

⁵ Am 8. Dezember 2008 beschloss die EU den „Gemeinsamen Standpunkt des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“. Dabei handelt es sich um einen von den EU-Mitgliedstaaten beschlossenen Verhaltenskodex für Rüstungsexporte, in dem verschiedene Kriterien festgelegt sind, die bei Rüstungsexporten angewendet werden sollen – etwa die Einhaltung der Menschenrechte im Empfängerland, dessen innere Lage oder sein Verhalten innerhalb der internationalen Gemeinschaft.

⁶ Quelle: [BICC-Länderportrait Ukraine \(Stand Dez. 2013\)](#)

In eigener Sache

Das Sanierungsprojekt Martin-Niemöller-Haus Berlin-Dahlem

Die Evangelische Kirchengemeinde Berlin-Dahlem saniert das Martin-Niemöller-Haus in der Pacelliallee 61 und entwickelt es dabei zu einem Erinnerungs- und Lernort weiter, der heutigen Anforderungen entspricht. Das Martin-Niemöller-Haus ist ein für Berlin bedeutsamer Ort der Erinnerung an die Zeit des Kirchenkampfes und des Widerstandes gegen die Nazi-Diktatur. Wir erinnern an den kirchlichen Widerstand und an das Engagement der Dahlemer Mitglieder der Bekennenden Kirche und fragen dabei nach den Implikationen des historischen Geschehens für heutiges gesellschaftliches Handeln. Wir erinnern auch an das Versagen von Christinnen und Christen angesichts des Antisemitismus und des Leidens der vielen Opfer des NS-Regimes.

Das Pfarrhaus Martin Niemöllers bildet gemeinsam mit der St.-Annen-Kirche, dem Kirchhof und dem historischen Gemeindehaus, dem Ort der Dahlemer Bekenntnissynode von 1934, ein authentisches Erinnerungsensemble, das für viele Interessierte aus Deutschland und der Welt die Geschichte direkt vor Ort fassbar und vorstellbar macht.

Das Martin-Niemöller-Haus steht unter Denkmalschutz. Es wurde zusammen mit dem Garten 1910 im englischen Landhausstil durch den Architekten Heinrich Straumer errichtet, dessen bekanntestes Bauwerk der Berliner Funkturm ist. **Die fachliche Begutachtung hat ergeben, dass eine Grundsanierung zur Erhaltung der Bausubstanz dringend notwendig ist. Auch muss der energetische Zustand des Hauses an aktuelle Erfordernisse angepasst werden.**

Nach intensiven Vorplanungen in den vergangenen zwei Jahren sind die Sanierungs- und Umbauarbeiten nun für die Jahre 2014/15 vor-

gesehen. Ziel ist es, den im Zuge der Planungen wiederentdeckten Charakter des historischen evangelischen Pfarrhauses und seiner architektonischen Gestaltung neu zur Geltung zu bringen und mit den Anforderungen an einen modernen Bildungs- und Tagungsort zu verbinden. Zu diesen Anforderungen gehört es, die barrierefreie Zugänglichkeit des Hauses herzustellen. Dieses Ziel mit den denkmalpflegerischen Belangen in Einklang zu bringen, stellt eine besondere Herausforderung dar.

Zwei Säulen tragen die inhaltliche Arbeit des Martin-Niemöller-Hauses:

1. die Evangelische Kirchengemeinde Berlin-Dahlem und
2. der Verein Martin-Niemöller-Haus e.V..

Der Evangelische Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf ist einer unserer Kooperationspartner. Koordiniert wird die Arbeit inhaltlich durch einen Programmbeirat, der sich an dem pädagogischen Leitbild des Hauses orientiert: **Erinnern – Lernen – Handeln.**

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

Nach Berechnung durch die Architekten benötigen wir für Umbau und Sanierung des historischen Gebäudes einschließlich der barrierefreien Zugänglichkeit finanzielle Mittel in Höhe von 1,4 Mio Euro. Unser Finanzierungsplan sieht erhebliche Eigenbeiträge der Ev. Kirchengemeinde Dahlem vor, aber auch in großem Umfang Mittel, die wir bei unserem Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf und weiteren kirchlichen Institutionen, sowie bei Stiftungen beantragt haben.

Das Martin-Niemöller-Haus braucht aber auch Ihre Unterstützung. Die wichtige historische Erfahrung des Widerstandes mit allen Fa-

cetten und Widersprüchen in Berlin-Dahlem vor Ort fassbar und nachvollziehbar zu machen, um daraus für die Gegenwart zu lernen, ist die Aufgabe des Martin-Niemöller-Hauses.

Was heißt es heute, für andere einzutreten? In der Schule oder im Beruf, hier bei uns in Berlin oder weltweit. Wo ist unser Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte, für ein friedliches Miteinander und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen gefragt? Bei der Suche nach Antworten orientieren wir uns am biblischen Zeugnis und bringen es ins Gespräch mit den vielen anderen Religionen und Weltanschauungen in unserer Stadt.

Helfen Sie mit Ihrer Spende, einen attraktiven Lern- und Bildungsort zu erhalten und

weiterzuentwickeln! Wir freuen uns auf Sie! Gerne können Sie einen Termin mit uns vereinbaren.

Spenden bitte an: Ev. Kirchengemeinde Berlin-Dahlem

Postbank Berlin, BLZ 10010010, Kto.-Nr. 104 33 107

BIC: PBNKDEFF, IBAN: DE91 1001 0010 0010 4331 07

Stichwort: Projekt Martin-Niemöller-Haus

Mit Ihrer Spende unterstützen Sie den Erhalt des Martin-Niemöller-Hauses und die Erinnerungsarbeit.

Selbstverständlich erhalten Sie auf Anfrage eine steuerlich absetzbare Spendenquittung.

80 Jahre Bekenntnissynoden von Barmen und Dahlem

Die Evangelische Kirchengemeinde Dahlem kann in diesem Jahr auf ein besonderes Jubiläum zurückblicken: Am 19./20. Oktober 1934 tagte die Zweite Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche in Dahlem, im großen Saal des Gemeindehauses Thielallee.

Nachdem zuvor in Barmen die theologische Grundlage gelegt wurde, war für die evangelischen Christen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus die radikale Trennung von der Amtskirche und den Deutschen Christen die einzig mögliche Entscheidung. Die Dahlemer Synode berief sich dabei auf das kirchliche Notrecht.

Die Ev. Kirchengemeinde Berlin-Dahlem lädt anlässlich des 80. Jahrestages der Synode dazu

ein, sich an die damaligen Ereignisse und den Kontext des Jahres 1934 zu erinnern, neue Perspektiven zu entdecken, aber auch nach der Bedeutung für uns Heutige zu fragen.

Wir stellen unser Programm in den Rahmen des Themenjahres „Reformation und Politik“, denn auch in Dahlem ging es um das spannungsreiche Verhältnis von Kirche und Staat, um Glaube und Macht, um Obrigkeit und Mündigkeit. Und wir fragen weiter: Wo sind Christen heute gefordert, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen?

Mit dem Programm möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auch auf die Arbeit des Martin-Niemöller-Hauses lenken und unsere gegenwärtigen Anstrengungen, es umfangreich zu sanieren.

Veranstaltungen

Sonntag, 25. Mai 2014, 11.00 Uhr

Jesus-Christus-Kirche, Hittorfstraße 23 (U-Thielplatz)

Gottesdienst anlässlich der Verlegung von Stolpersteinen

Im Anschluss an einen Gottesdienst laden wir in Kooperation mit Michael Rohrmann, Beauftragter für Jugendarbeit im Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf, und Jugendlichen der Gemeinde zu einer Stolpersteinverlegung für Ernst, Edda und Lotte Hagelberg vor dem Haus in der Schwendener Straße 46, 14195 Berlin, und für Gustav Amigo vor dem Haus Bitterstraße 3a, 14195 Berlin ein.

»Stolpersteine« ist das Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Mit diesen Gedenktafeln soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

Anschließend kommen wir im Martin-Niemöller-Haus zusammen.

Dr. Markus Dröge

Sonnabend, 31. Mai 2014, 18.00 Uhr, St.-Annen-Kirche

Festgottesdienst anlässlich des 80. Jahrestages der Synode von Barmen und der Barmer Theologischen Erklärung

Predigt: Bischof Dr. Markus Dröge, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz - anschließend: Empfang im Martin-Niemöller-Haus

Festprogramm aus Anlass des 80. Jahrestages der Dahlemer Synode

Sonntag, 19. Oktober 2014 9.30 Uhr, St.-Annen-Kirche:

Festgottesdienst mit Bischof i.R. Prof. Dr. Wolfgang Huber aus Anlass des 80. Jahrestages der Dahlemer Synode

Anschließend im Großen Saal des Gemeindehauses:

Tagung »Die Bedeutung der Dahlemer Bekenntnissynode«

In Kooperation mit Prof. Dr. Peter Steinbach, wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Stiftung Topographie des Terrors und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz

16.00 Uhr, Großer Saal des Gemeindehauses:

»Planspiel Bekenntnissynode: Glaube und Politik heute«

In Kooperation mit der Martin-Niemöller-Stiftung e.V.

Sonnabend, 25. Oktober 2014, 18.00 Uhr, St.-Annen-Kirche

Erklär-Konzert »Missa – Die Dahlemer Messe«

von Dieter Schnebel (1988)

dem Andenken Martin Niemöllers, Dietrich Bonhoeffers und Karl Barths gewidmet. Hörbeispiele und Gespräch mit dem Komponisten Prof. Dieter Schnebel

Moderation: Prof. Ulrich Eckhardt und Marion Gardei

1. November 2014, 17.00 Uhr Großer Saal des Gemeindehauses Thielallee 1+3

»Ius ecclesiasticum semper reformandum – Vom Dahlemer Notrecht zum modernen Religionsrecht«

Vortrag und Diskussion in Kooperation mit dem Evangelischen Institut für Kirchenrecht an der Universität Potsdam – mit Beiträgen von Dr. Martin Richter, Prof. Dr. Wilhelm Gräb und Dr. Patrick Schnabel

Moderation: Dr. Joachim Gaertner

Freitag, 7. November 2014, 18.00 Uhr, St.-Annen-Kirche

Lesung & Musik: Ein Dialog zwischen Martin Niemöller und Helmut Gollwitzer

Lesung: Oliver Dekara

Orgel: Prof. Ulrich Eckhardt

Mittwoch, 19. November 2014

19.00 Uhr, Jesus-Christus-Kirche, Hittorfstr. 23 (U-Thielplatz)

Bußtagsgottesdienst mit Superintendent Dr. Johannes Krug

Es singt der Bachchor Dahlem, Leitung: Jan Sören Fölster



Projekt
„Peace and Development Foundation- Africa“ in Gulu/Uganda

Auszug aus dem Jahresbericht 2013 für die Mitgliederversammlung des Friedenszentrums Martin Niemöller Haus

Geschäftsführung/ Vernetzung/ Mitglied- schaften	<p>Die jeweiligen Vorhaben wurden stets in Absprache und Kooperation mit der Wohngemeinschaft im Haus durchgeführt nachdem sie zuvor in den Hausversammlungen erörtert wurden.</p> <p>Die Wohngemeinschaft ist unverändert ehrenamtlich für die Verwaltung des Hauses, die Betreuung der Gruppen, die Raumvergabe und – pflege zuständig. Sie hält Kontakt zu den Mitgliedsorganisationen und zur Kirchengemeinde Dahlem. Der Vorstand des Vereins steht im regen Austausch mit der Wohngemeinschaft.</p> <p><.....></p> <p>Das Niemöller Haus ist nach wie vor Mitglied bei der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und der Martin Niemöller Stiftung. An der Mitgliederversammlung der AGDF in Teltow nahm Michael Heimbach als Vertreter des Vorstands teil. Innerhalb der AGDF gehört das MNH dem Fachbereich 1 (regionale Friedensarbeit) an. An den Treffen des Fachbereichs I nahmen ganztägig Michael Heimbach und teilweise Renate Hartmann und Angelika Lanig, teil. Im Jahr 2013 war das Friedenszentrum Martin Niemöller Haus Gastgeber des Fachbereichstreffens. Georg Goosmann hielt weiterhin den Kontakt zur Martin Niemöller Stiftung.</p>
Beschäftigte	<p>Das Friedenszentrum wird weiterhin ausschließlich durch ehrenamtliche Mitarbeit betrieben. <.....></p>
Öffentlichkeitsarbeit und Konzeption des Niemöller-Hauses	<p>Im Jahr 2013 wurden drei INFOS (Hauszeitungen) herausgegeben. Die Resonanz war erneut positiv. Das INFO wurde weiterhin in einer Auflage von 700 Exemplaren gratis an die Mitglieder, Freunde und Förderer verschickt. Sämtliche kirchliche Stellen der Evangelischen Kirche in Berlin erhalten regelmäßig ein Exemplar des Infos.</p> <p>Die Vergabe von Räumen gegen Spende an Gruppen und vereinzelt auch an Einzelpersonen aus der Nachbarschaft/ Projekttage mit Schul- klassen/ die Kirchengemeinde Dahlem nutzte das Haus vermehrt für Veranstaltungen oder für Seminare. Alles diente wie in der Vergangenheit dazu, unseren Bekanntheitsgrad zu erhöhen.</p> <p>Das Martin Niemöller-Haus stand wiederholt in der Presse aufgrund der geplanten Sanierungsmaßnahmen sowie den Interviews und Filmaufnahmen von und mit Raphael Fellmer, der seit mehreren Jahren im Geldstreik lebt.</p> <p>Anlässlich der Beschaffung der Mittel/Stiftungsgelder/Spenden etc. für den geplanten Umbau wurde eine umfassende Broschüre über das Martin Niemöller Haus erstellt, die an etwaige Sponsoren verteilt wurde. Auch ein Audioguide zur Geschichte der Bekennenden Kirche und des Erinnerungsensembles ist im Umlauf und kann hier im Haus ausgeliehen werden.</p> <p><.....></p> <p>Durch einige internationale Begegnungen, die im Jahresbericht weiter unten aufgeführt sind, haben wir zahlreiche Besuchergruppen aus dem</p>

	<p>In- und Ausland, erzählen können, in welcher Tradition das Haus steht. Es wurde weiterhin darauf geachtet, dass nicht nur Gruppen und einzelne Personen die exklusiv kommen, um den Erinnerungsort zu besuchen, in die Geschichte des Ortes Martin Niemöller Haus eingewiesen werden, möglichst alle Gruppen, die das Haus für ihre Seminare und Treffen nutzen, wird über das Haus und seine Geschichte berichtet.</p> <p>Das 2010 begonnen Projekt der Gemeinde zur inhaltlichen und konzeptionellen Ausrichtung des Niemöller Hauses wurde zum Abschluss gebracht. In der Folge arbeiten wir weiterhin im Programmbeirat und in der Steuerungsgruppe mit der ev. Kirchengemeinde Dahlem zusammen um den Übergangsprozess zu begleiten. Es wird, wenn es umgesetzt wird, erhebliche Auswirkungen auf die Vereinsarbeit haben. Das Projektergebnis hat in erheblichem Umfang Baumaßnahmen zur Folge. Die Kosten belaufen sich auf 1,2-1,4 Millionen Euro. Zum Ende des Jahres wurde der Bauantrag eingereicht. Sobald die Finanzierung gesichert ist, wird die Bauplanung ab 2014 realisiert.</p> <p><.....></p>
<p>Veranstaltungen und Aktivitäten in Kooperation mit den Mitgliedsgruppen</p>	<p>Ausländer/ Flüchtlingsarbeit/ Menschenrechtsarbeit</p> <p>Amnesty international nutzte das Friedenszentrum für Grundlagenseminare, Schulungen, Sitzungen und Gruppentreffen.</p> <p>Amnesty international veranstaltete erneut sein Sommerfest im Niemöllerhaus.</p> <p>Vorbereitung und Durchführung des GULU-walks mit dem Verein Friedensfestival</p> <p>Der Fachverband soziale Dienste für junge Flüchtlinge hat im Niemöllerhaus seinen Vereinssitz und führt seine Mitgliederversammlungen dort durch.</p> <p>Im letzten Jahr machten wir wieder Angeboten zum Globalen Lernen: Im Frühling wurden alters übergreifende Workshops zu Straßenkindern, zur Reise „meines T-Shirts“ und zur Seifenherstellung durchgeführt, Im Herbst begann eine Fortbildung für MultiplikatorInnen mit dem Anti-Bias-Ansatz (Vorurteile bewusst machende Bildungsarbeit). Die Termine fanden an einem zentralen Orten statt. Für beide Seminare wurde Zuschüsse von Engagement Global gewährt.</p> <p>1. „Vom Süden lernen“ 9.3./ 10.3. bei Joliba e.V., Görlitzerstraße - Die „Eine Welt“ beginnt vor der Haustür</p> <p>„Wir beschäftigten uns mit den Lebensstrategien von Straßenkindern vor dem Hintergrund, dass für viele der anwesenden Kinder Armut auch ein Thema ist, dass sie selber betrifft. Das Stichwort „Straßenkinder“ weckte gleichzeitig Mitleid und Neugier. Über persönliche Begegnung mit den Biographien mit Kindern und Jugendlichen einer Gruppe in Java, ermöglichten wir eine Auseinandersetzung mit Themen wie: eigenes Geld verdienen, Schulpflicht und Recht auf Bildung, Schutz von Kindern vor Ausbeutung.</p> <p>Bei der „Reise meines T-Shirts“ waren unsere eigenen Kleidungsstücke der Ausgangspunkt mit einer Geschichte über ein Lieblingskleiderstück. Dann recherchierten wir Geschichten, die hinter der Produktion von T Shirts stecken, von Produktionsstationen verstreut über die ganze Welt und Arbeitsbedingungen. Ein Quiz informierte über Zusammenhänge zwischen Wasserknappheit und Baumwollanbau. Im Badewannenquiz</p>

erfahren sie, wie viel verstecktes Wasser (virtuelles Wasser) in alltäglichen Produkten / Kleidungsstücken steckt. Im kreativen Teil entstanden aus alten T-Shirts farbenfrohe Kunstwerke mit bunten Spiralen. Im Seifenworkshop erfuhren die Teilnehmenden von alten Traditionen der Herstellung hochwertiger Seifen und von Veränderungen durch die Entstehung "moderner" Körperpflegemittel – die Belastung der eigenen Gesundheit sowie der Umwelt durch Plastikflaschen, Silikone etc.

2. Anti Bias Training 25./26.10.

Ort: Nachbarschaftszentrum Cuvrystraße - Fortbildung „Macht • Diskriminierung • Vorurteile?“ Anti-Bias-Training

Was ist Anti-Bias? Das englische Wort „Bias“ bedeutet übersetzt „Voreingenommenheit“ oder „Einseitigkeit“. Die Anti-Bias-Trainingsmethoden entstanden in den USA und Südafrika. Sie zielen auf eine intensive erfahrungsorientierte Auseinandersetzung mit Macht und Diskriminierung sowie das Erkennen von unterdrückenden und diskriminierenden Interaktionsformen. Der Ansatz geht davon aus, dass jede/r Vorurteile hat. Vorurteile und Diskriminierungen sind Teil gesellschaftlicher Ideologien, die wir erlernt und verinnerlicht haben. Mit machtkritischem Blick können Dominanzstrukturen aufgedeckt und hinterfragt werden, die eigene Position reflektiert und neue Verhaltensweisen erlernt werden.

Elemente des Anti-Bias-Trainings sind

Einander begegnen - und ins Gespräch kommen: Wie erlebe ich Diskriminierung? Welche Gefühle sind damit verbunden? Welche persönlichen Strategien habe ich im Umgang mit Diskriminierung entwickelt? Dabei betrachten wir sowohl die Position als Diskriminierte* als auch als Diskriminierende*.

Wahrnehmung für Ausgrenzung schärfen - gerade weil vieles „normal“ und unumgänglich erscheint, ist es notwendig, den Blick für eigene Privilegien zu schärfen. Dabei analysieren wir Strukturen von Dominanz und Unterdrückung, das Zusammenspiel privater und gesellschaftlicher Ebenen.

Mit Veränderung beginnen - bedeutet ausgrenzende Strukturen zu benennen und mich/ uns gegen diskriminierende Verhaltensweisen zu wehren. Wo kann ich mich/ wo können wir uns einmischen und Veränderungen bewirken? Wie können wir Bündnisse initiieren?

In dem Training, das im Januar 2014 fortgesetzt wird stehen folgende Inhalte im Zentrum:

- Diskriminierung sowohl privat als auch gesellschaftlich kritisch im Fokus zu haben
- uns den eigenen Verstrickungen in Strukturen von Ausgrenzung stellen einen machtkritischen Blick auf politische Bildungsarbeit zu werfen
- uns zu eigener Diskriminierungserfahrung – zwischenmenschlich und strukturell – auszutauschen und einander zu empowern Handlungsstrategien und Zusammenarbeit zu verbessern und dabei voneinander zu lernen

Workcamps/ Internationale Jugendarbeit/ Jugendbegegnungen

Der SCI nutzte das Niemöllerhaus für verschiedene Seminare und Schulungen im Rahmen des Begleitprogramms für internationale Ju-

gendbegegnungen.

In Kooperation mit dem SCI e.V. wurde im Sommer ein internationales workcamp durchgeführt. Thematisch griff das Camp erneut den Komplex Foodsharing, Transition, einfaches Leben, Nachhaltigkeit, auf. Die Anleitung und Durchführung der praktischen Arbeit wurde ausschließlich von Georg Goosmann bewerkstelligt.

Freiwilligendienste

Im Jahr 2013 waren insgesamt 4 Freiwillige in Auslandsdiensten eingesetzt (Italien und USA)

Der Internationale Christliche Jugendaustauschdienst nutzte das Haus für Seminare mit internationalen Freiwilligen die in Deutschland einen freiwilligen Dienst absolviert haben.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. nutzte das MNH für Freiwillige, die vorübergehend eine Unterkunft wegen Visa-Angelegenheiten benötigten und für ein Seminar mit den Freiwilligen die nach Israel ausreisen.

Kirchliche Friedensarbeit/ Friedensarbeit in der Nachbarschaft

Die Falken (assoz. Mitglied mit Büro im Haus) die Jusos und die örtliche SPD trafen sich weiterhin regelmäßig im Haus, um ihre Arbeit vor Ort zu planen, zu koordinieren und zu diskutieren. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Falken und der angeschlossenen Gruppen ist es, Gedenkstättenfahrten durchzuführen. Die Falken haben in diesem Jahr eine Gruppe mit 14 arabischen, palästinensischen, israelischen Jugendlichen aus Israel für 10 Tage bei uns empfangen und betreut.

Die Kirchengemeinde Dahlem nutzte das Friedenszentrum/Martin-Niemöller-Haus

- für Projektstage mit Schulgruppen, (Beethovengymnasium, Goethegymnasium, Arndtgymnasium)
- für Informationsveranstaltungen mit Theologen aus Schweden und der Schweiz, Zusammen mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste beteiligten wir uns auf dem Markt der Möglichkeiten auf dem Kirchentag in Hamburg
- für drei öffentliche Veranstaltungen zum Thema „Verfolgte Christen“ Veranstaltung anlässlich des Jubiläumsgründung des Pfarrernotbundes im Sept. 1933,
- für die Ausbildungsseminare von zukünftigen „Guides“,
- für die Treffen mit den ehrenamtlichen Frauen die im Büro „Erinnerungsort“ tätig sind. Die ev. Kirchengemeinde Dahlem organisiert im Wesentlichen alle Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Erinnerungsort.

Im Herbst schloss sich das Friedenszentrum Martin Niemöllerhaus der bundesweiten Kampagne gegen Rüstungsexporte „**Aktion Aufschrei**“ an. Eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ konnte mit Clemens Ronnefeld durchgeführt werden.

Eine – Welt – Arbeit

Die Arbeit des Eine-Welt-Ladens-Berlin wurde weiterhin im Niemöllerhaus koordiniert. Neben der Büroarbeit findet einmal im Monat ein Koordinierungstreffen des Ladens bei uns statt.

Society for International Development (SID) nutzten das Friedenszentrum für ihre Treffen und für Seminare. Sie führte auch wieder die Ringvorlesungen sowie den „Afrikastammtisch“ durch.

<p>Weitere Veranstaltungen/ Aktivitäten mit anderen Initiativen</p>	<p>Eine <u>Menschenrechtsgruppe aus Taiwan</u> hat eine einwöchige tagung bei uns durchgeführt. <u>NABU</u> traf sich regelmäßig einmal im Monat im MNH Weitere Gruppen nutzten das Friedenszentrum für Seminare und Treffen: Treffen der <u>Regionalgruppe Berlin des Versöhnungsbundes Friedensinitiative Zehlendorf</u> einige kleinere Gruppen und Initiativen, darunter ein Theologenseminar, ein Netzwerk für Nachhaltigkeit, eine Eltern-Kind-Initiative, ein Aktionsbündnis „Freiheit statt Angst“, das Antisemitismuszentrum, einige Schulklassen sowie eine internationale Lehrergruppe. Filmvorführungen zum Thema „Grenzen des Wachstums“ und zum Thema „Begegnung mit Muslime“ Veganes Frühstücksbrunch monatlich peacebrunch (zweimal) Tanz in den Mai Sommerfeste (<u>Heinrich-Böll-Stiftung, Jusos, SPD, amnesty international</u>) Reformationstag mit 30 Schülerinnen offenes Cafe (dreimal) Vortrag und Diskussion zum Thema „Gefallen für...?“ <u>Internationale Jugendkonferenz des Internationalen Versöhnungsbundes</u> „Fest der Wohngemeinschaft“ mit zahlreichen ehemaligen Mitbewohnerinnen</p>
--	--

Angelika Lanig

Michael Heimbach

Klaudia Schümann

Ellen Wagner

Freihandelsabkommen EU - USA



Das Abkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Es würde:

Klima und Umwelt ruinieren



Kohle-, Gas-, und Ölkonzernen erlauben, gegen Regierungen zu klagen wenn diese Umweltauflagen machen



Genehmigungen beschleunigen und damit die Bürgerbeteiligung ausbremsen



Zulassung von Gentechnikzüchtung sowie Einsatz von Masthormonen in EU



Exporte von Erdgas aus Fracking und anderen Fossilen Brennstoffen steigern



Ausländischen Unternehmen Klagen gegen nationale Umweltvorschriften ermöglichen

Konzernen noch mehr Macht geben



Details des Abkommens werden geheim gehalten. Eingeweiht sind nur



119

Unternehmensvertreter

Ähnliche Abkommen haben dazu geführt, dass



3 Mrd \$

zusätzlich in Konzernkassen geflossen sind

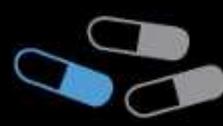
Menschenrechte und Arbeitnehmerrechte beschneiden



Medienzensur



Regierungsvorschriften zur Lebensmittelkennzeichnung einschränken



Den Zugang zu Medikamenten begrenzen



Den Arbeitsschutz unterlaufen



„Kaufe Lokal“ Strategien verbannen



Die Rechte von Arbeitnehmern unterlaufen

Sonder-

Stopp